



Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e.V.
c/o Dr. Christoph Schutte (Kassenwart), Herder-Institut, Gisonenweg 5-7, D-35037 Marburg
christoph.schutte@herder-institut.de – <http://www.deutsche-polen.org>

Erinnerung – Identität – Eigentum Deutsches, jüdisches und ukrainisches Kulturerbe in Polen nach 1945

Jahrestagung der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen
Leśny Ośrodek Szkoleniowy in Puszczykowo bei Posen / Poznań
17.-19. September 2020

Call for Papers

Das Jahr 1945 bedeutete eine scharfe Zäsur in der Geschichte Polens. Nach mehreren Jahrhunderten des Bestehens einer multinationalen und multikonfessionellen Gesellschaft erfolgten nun radikale Grenzverschiebungen und, damit verbunden, eine massenhafte Umsiedlung der Bevölkerung. Polen wurde in nationaler und konfessioneller Hinsicht zu einem nahezu homogenen Staat: der Anteil der nationalen und religiösen Minderheiten, die 1919-1939 über 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausgemacht hatten, fiel auf wenige Prozent. Diese Homogenisierung wurde im Manifest der neuen Staatsverwaltung vom Juli 1944 als eine Errungenschaft von großer Bedeutung herausgestellt. Ein polnischer Staat ohne nationale Minderheiten sollte sich positiv von der durch Nationalitätenkonflikte zerrissenen Zweiten Republik unterscheiden und die neuen kommunistischen Machthaber in nationalistischer Weise legitimieren. Die Umsiedlungen und die Notwendigkeit der Bewirtschaftung der sog. Wiedergewonnenen Gebiete sollten zudem den Aufbau einer neuartigen Gesellschaft erleichtern, die keinerlei gewachsener lokaler Traditionen und nachbarschaftlicher Verbindungen bedurfte.

In Folge dieser Veränderungen bestand der neue polnische Staat nunmehr zu einem Drittel aus Gebieten, in denen Polen und Juden bis 1945 vor allem als Minderheit aktiv gewesen und zusammen mit Schlesiern, Kaschuben, Masuren und Ermländern den spezifischen Charakter der jeweiligen Region ausgemacht hatten. Die anderen zwei Drittel des polnischen Territoriums, das heutige Zentral- und Ostpolen, wurden ihrerseits ebenfalls nicht nur von Polen geprägt, sondern auch von Deutschen, Juden, Ukrainern, Weißrussen, Litauern, Tataren und anderen ethnischen und regionalen Gruppen, darunter Lemken.

Die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit war zumeist, aber nicht immer, mit der Zugehörigkeit zu einer religiösen Minderheit verbunden. So gehörten den evangelischen Kirchen zwar mehrheitlich Deutsche, aber auch eine gewisse Anzahl von Polen, Tschechen und Ukrainern an. Nach 1945 wurden daher nicht nur Deutsche aus den Wiedergewonnenen Gebieten ausgesiedelt, die Bürger des Deutschen Reichs („Reichsdeutsche“) gewesen waren, sondern auch Deutsche aus Zentral- und Ostpolen, die bis 1939 die polnische Staatsangehörigkeit besessen hatten („Volksdeutsche“).

Ein besonderes schweres Schicksal traf die Juden, die in ihrer großen Mehrheit unter der deutschen Besatzung vernichtet worden waren. Die wenigen Holocaust-Überlebenden und Rückkehrer aus der UdSSR verließen Polen zumeist in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre, andere folgten zwangsweise nach 1968. Ihr materielles Erbe ging in andere Hände über. Kompliziert war auch das Schicksal der Ukrainer und Lemken: Ein Teil von ihnen wurde gleich nach dem Krieg in die UdSSR ausgesiedelt, der andere Teil wurde im Rahmen der berüchtigten „Aktion Weichsel“ zwangsweise in die Wiedergewonnenen Gebiete umgesiedelt.



Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e.V.
c/o Dr. Christoph Schutte (Kassenwart), Herder-Institut, Gisonenweg 5-7, D-35037 Marburg
christoph.schutte@herder-institut.de – <http://www.deutsche-polen.org>

Die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens im Jahre 2018 hatten vor diesem Hintergrund einen mehrdeutigen Charakter. Sie erfordern Antworten auf die Frage nach dem Verhältnis der Einwohner der Wiedergewonnenen Gebiete zu deren deutschen und multiethnischen Vergangenheit. Diese Gebiete Polens wecken deshalb heute nicht nur Interesse, sondern sind auch Bestandteil von Kontroversen und Konflikten. Ähnliche Probleme gibt es auch in Zentral- und Ostpolen, wo eine zunehmende Aufmerksamkeit für die Geschichte und das materielle Erbe von Juden, Deutschen, Ukrainern und Lemken Konflikten um Bethäuser, Denkmäler, Friedhöfe, Häuser oder Ausstellungen in Museen gegenüber steht.

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs möchten wir daher Fragen zum Umgang mit dem materiellen Kulturerbe der genannten Gruppen nachgehen und diskutieren.

Wir schlagen als Diskussionsgrundlage drei sich zum Teil überschneidende Problemfelder vor:

Erstens: das materielle Erbe als Träger der Erinnerung sowohl der Minderheiten als auch der Polen.

Zweitens: das materielle Erbe als Gegenstand des zielgerichteten Vergessens und Verleugnens und der daraus folgenden kulturellen Aneignung und Revitalisierung zur Bildung einer neuen Identität.

Drittens: das materielle Erbe als Gegenstand des Streits um Eigentumsrechte, der insbesondere direkt nach Kriegsende und dann erneut nach 1989 stattfand. Die Eigentumsfrage soll jedoch weniger als juristisches Problem interessieren, sondern vielmehr als ein bestimmender Faktor der Identität aller nationaler und konfessioneller Gruppen der polnischen Gesellschaft sowie als Instrument der Geschichtspolitik des polnischen Staates, der Kirchen und der religiösen Gemeinschaften, der Selbstverwaltungsorgane sowie von Verbänden und Vereinen der nationalen Minderheiten.

Zur Teilnahme an der Konferenz laden wir nicht nur Vertreterinnen und Vertreter der Human- und Gesellschaftswissenschaften ein, sondern auch Museumsfachleute und Personen, die sich ehrenamtlich und publizistisch für die Bewahrung und die Konservierung des materiellen Erbes der nationalen, ethnischen und religiösen Minderheiten Polens nach 1945 einsetzen.

Die Referate sollen nicht mehr als 30 Minuten Redezeit umfassen und können in deutscher, polnischer und englischer Sprache gehalten werden. Die Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen übernimmt für die Referentinnen und Referenten die Hotel- und Verpflegungskosten und ersetzt die Reisekosten.

Interessierte Personen bitten wir bis zum 20. Februar 2020, Themen für Referate vorzuschlagen, und diese zusammen mit einem kurzen Abstract (bis 3000 Zeichen) und einem Kurz-CV zu schicken an:

Prof. Dr. **Olgiard Kiec** (Instytut Nauk o Polityce i Administracji, Uniwersytet Zielonogórski) – kiec@wp.pl

sowie

Prof. Dr. **Isabel Röskau-Rydel** (Instytut Neofilologii – Filologia Germańska, Uniwersytet Pedagogiczny w Krakowie, 1. Vorsitzende der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V.) – roeskaurydel@gmail.com.